

Das gesellschaftliche Leben in den Wohnbezirken soll durch aktive Mitwirkung der Justizangestellten interessanter gestaltet werden.

Neben der Unterstützung der DFD- und FDJ-Gruppen hat das Kreisgericht Schwerin-Land z. B. die Verpflichtung abgegeben, eine Ordnungsgruppe innerhalb eines FDJ-Jugendwohnheimes zu bilden und ständig anzuleiten.

Die weitere Stärkung unserer Kampfgruppen ist durch den Eintritt einer Anzahl von Mitarbeitern der Justiz erfolgt. Sie wollen auch mit der Waffe in der Hand unsere sozialistischen Errungenschaften verteidigen.

Das Kollegium der Rechtsanwälte in Cottbus hat einen für die weitere Entwicklung zur sozialistischen Anwaltschaft bedeutenden Beschluß gefaßt. Zur besseren Verteilung des Gebühreneinkommens und zur Unterstützung bei unverschuldet geringen Einnahmen wird dem Mitglied ein Betrag von 600 DM monatlich zuzüglich 50 DM für jedes unterhaltsberechtigende Kind garantiert.

Das Kollegium der Rechtsanwälte in Erfurt hat einen umfassenden Plan aufgestellt, wonach sich alle Mitglieder verpflichten, die Aufbaunadel zu erwerben, an der Bergung der Ernte teilzunehmen, die LPG bei der Diskussion des individuellen Status zu unterstützen und sich weiter zu qualifizieren. Hervorzuheben ist ferner

die verstärkte Anleitungs- und Kontrolltätigkeit des Vorstands gegenüber den Zweigstellen, die Bildung eines Presseausschusses mit konkreten Aufgaben und die Unterstützung des Gerichts in der politischen Massenarbeit und in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen der Staatsmacht.

Die Staatlichen Notariate des Bezirks Schwerin haben ihre Verbundenheit zu unserem Staat durch Übernahme von rund 100 Verpflichtungen zum Ausdruck gebracht. Neben der weiteren Qualifizierung der Mitarbeiter und der Verbesserung der Arbeit zur Lösung der ökonomischen Aufgaben ist hervorzuheben, daß die Hilfssachbearbeiterinnen nicht nur bei der Einbringung der Ernte helfen, sondern auch an Aussprachen der Notare teilnehmen und selbst unser sozialistisches Recht propagieren wollen.

Allen Kollegen, die sich der Verpflichtungsbewegung angeschlossen haben, gilt der Dank des Ministeriums der Justiz. Besonders ist jenen Gerichten und Staatlichen Notariaten zu danken, die jetzt schon über die Erfüllung wesentlicher Verpflichtungen berichtet haben, wie z. B. das Kreisgericht Leipzig (Nordost) und das Staatliche Notariat Zeitz. Die termingerechte oder sogar vorfristige Erfüllung der Verpflichtungen ist die beste Unterstützung der Masseninitiative der Werktätigen im Kampf um die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und führt uns schneller zum sozialistischen Gericht.

G. K.

Agenten Westberliner Spionagezentralen abgeurteilt

Aus dem Urteil des Obersten Gerichts
in der Strafsache gegen Keimling u. a. vom 29. August 1959 — 1 Zst (1) 2/59.

I

Nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus durch die Sowjetunion und die anderen Mächte der Anti-Hitler-Koalition wurden im Ergebnis der Berliner Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Potsdamer Abkommen die Grundsätze der Deutschlandpolitik verbindlich festgelegt. Diese Prinzipien wurden nur in dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands verwirklicht. Sehr bald zeigte sich, daß in den Westzonen unter Duldung und Förderung durch die Besatzungsmächte die imperialistischen und militaristischen Kräfte Deutschlands wieder erstarkten und schließlich zu den ausschlaggebenden Faktoren der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung wurden. Alle sich diesen Kreisen entgegenstellenden Personen wurden zunächst verleumdet, dann aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet und schließlich verfolgt und Organisationen — wie die KPD, die FDJ, der DFD und viele andere — verboten.

Zur Festigung der imperialistischen Restauration in den Westzonen wurden diese zunächst verwaltungsmäßig und dann auch staatlich in der Deutschen Bundesrepublik zusammengeschlossen. In der Bundesrepublik werden die Traditionen des deutschen Imperialismus offen propagiert; sie sind zum bestimmenden Element der Politik der Bundesregierung geworden. Das kommt besonders deutlich im Anschluß der Bundesrepublik an den gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten gerichteten Nordatlantik-Pakt, in der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atom- und Raketenwaffen zum Ausdruck.

Die Bildung dieses aggressiven imperialistischen Staates in Westdeutschland führte dazu, daß sich die friedlichen und demokratischen Kräfte in dem Teil Deutschlands, in dem sie sich ungehemmt entfalten konnten, in staatlicher Form organisierten. So entstanden im Ergebnis der politischen Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg zwei Staaten auf deutschem Boden. Die im Jahre 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik ist der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in Deutschland. Auf ihn blicken die friedlichen und fortschrittlichen Menschen in ganz Deutschland und in aller Welt voller Hoffnung und voller Vertrauen. Dieser

unter Führung der Arbeiterklasse legitim entstandene Staat ist ein Bollwerk des Friedens und das bedeutendste Gegengewicht auf dem Gebiet Deutschlands gegen den aggressionslüsternen westdeutschen Imperialismus und Militarismus; darum ist er auch ihr nächstes Angriffsziel.

In zahlreichen Verlautbarungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der mit ihr fest verbundenen Führerin im Weltfriedenslager, der UdSSR, ist darauf hingewiesen worden, daß offizielle westdeutsche Regierungskreise entweder unmittelbar oder mittelbar durch Agentenorganisationen mit allen Mitteln die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben und zu vernichten suchen. In diesem Bestreben leisten der Bundesregierung die Geheimdienste anderer imperialistischer Staaten Hilfe, inspirieren sie dazu und organisieren auch von sich aus eine Spionage- und Wühlätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Ziel aller dieser Maßnahmen des „kalten Krieges“ ist die Realisierung des gemeinsamen Wunsches des imperialistischen Weltlagers, einen neuen Raubkrieg gegen die sozialistischen und andere friedliebende Staaten zu entfesseln. Zum ersten Opfer dieses Krieges ist die Deutsche Demokratische Republik ausersehen.

In vielen vor dem Obersten Gericht und vor den Bezirksgerichten der Deutschen Demokratischen Republik verhandelten Prozessen ist erwiesen worden, daß Westberlin zum Hauptzentrum der Wühlätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik und gegen den Weltfrieden geworden ist. Aus der Fülle der vorhandenen Beispiele wird auf die folgenden Strafverfahren hingewiesen:

1. Gegen Burianek u. a. — 1 Zst (I) 6/52 — (NJ 1952 S. 320 ff.); *
2. gegen Hoese u. a. — T Zst (I) 5/52 — (NJ 1952 S. 369 ff.);
3. gegen Müller, Kaiser u. a. — 1 Zst (I) 11/52 — (NJ 1952 S. 451 ff.).

In diesen Verfahren wurde die Sabotage- und Mordorganisation „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ enthüllt, die ihren Sitz in Westberlin hatte und von dort aus zahlreiche Verbrechen organisierte.